Tätigkeitsbericht für das Jahr 2014

Förderung - Stiftungseigene Projekte – Stiftungsorganisation

Kontakt:
Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF)
Am Ledenhof 3-5
D-49074 Osnabrück
Fon: +49 541 60035-42
Fax: +49 541 60079039
www.bundesstiftung-friedensforschung.de
info@bundesstiftung-friedensforschung.de

© 2015 Deutsche Stiftung Friedensforschung
Gestaltung, Satz und Herstellung: atelier-raddatz.de und DSF
Alle Rechte vorbehalten.

Spendenkonto der Deutschen Stiftung Friedensforschung:
Sparkasse Osnabrück, IBAN DE77 2655 0105 000 0012 30

ISSN 2193-7915

Inhaltsverzeichnis

I. Die Fördertätigkeit der Stiftung im Jahr 2014 4

1. Forschungsprojektförderung..... 4

1.1. Förderangebote der Stiftung 4

1.2. Geförderte Projekte 2014 6

1.3. Geförderte Tagungen 2014 25

2. Struktur- und Nachwuchsförderung 28

II. Transferaktivitäten und Veranstaltungen 29

1. Internationales wissenschaftliches Symposium 29

2. Parlamentarischer Abend und öffentliche Veranstaltungen . 30

3. Stiftungseigene Publikationen 32

III. Aufgaben und Struktur der Stiftung..... 33

1. Der Stiftungsrat 33

2. Der Wissenschaftliche Beirat..... 36

3. Die Geschäftsstelle der Stiftung in Osnabrück..... 37

4. Die Verwaltung unselbstständiger Stiftungen 37

IV. Finanz- und Wirtschaftsbericht 38

1. Bilanz 2014 38

2. Ertragsrechnung 2014..... 39

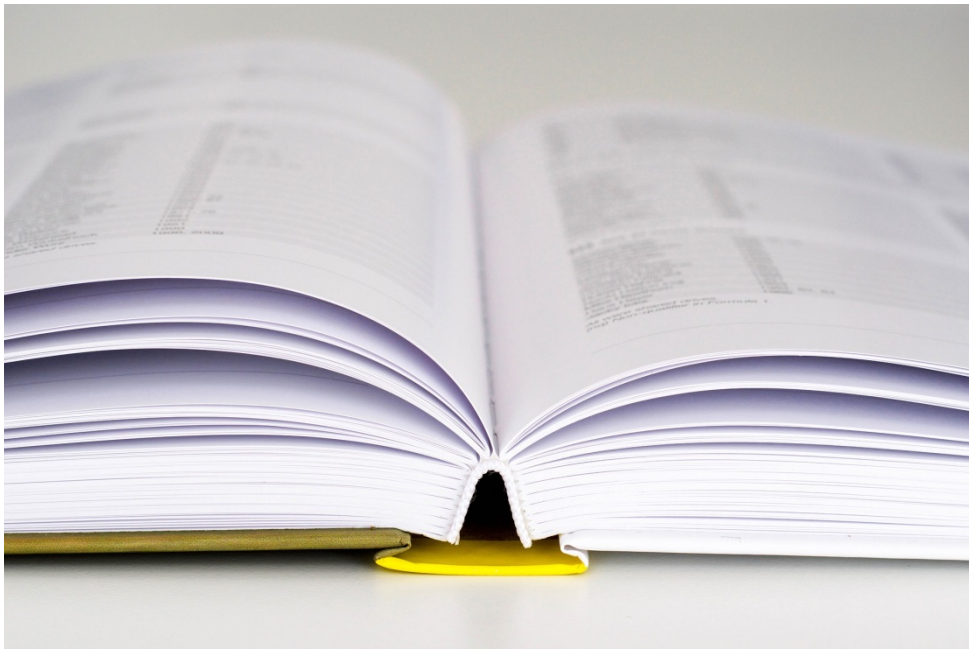
V. Publikationen..... 42

I. Die Fördertätigkeit der Stiftung im Jahr 2014

1. Forschungsprojektförderung

1.1. Förderangebote der Stiftung

Mit Wirkung zum 1. Oktober 2013 setzte die Stiftung ein neues Förderkonzept in Kraft, das mit einer Änderung der Förderangebote und Förderbedingungen einherging. Das Ziel des neuen Förderprogramms besteht darin, die Förderung künftig stärker auf Forschungsinnovationen zu fokussieren und hierbei insbesondere dort ansetzen, wo die Friedens- und Konfliktforschung einer besonderen Unterstützung bedarf.



Die Stiftung will durch die Förderung von Projekten der Friedens- und Konfliktforschung im Rahmen ihrer Möglichkeiten einen Beitrag leisten,

- die Innovationspotenziale der Friedens- und Konfliktforschung zu stärken,
- wissenschaftliche Nachwuchskräfte zu qualifizieren,
- die nationale und internationale Forschungskooperation fächerübergreifend zu intensivieren,
- die Vernetzung von Aktivitäten in Forschung und Lehre zu fördern,
- die Vermittlung von Erkenntnissen aus der Wissenschaft in die Praxis und Öffentlichkeit zu verbessern und
- die Kommunikation zwischen den Forschungsakteuren zu vertiefen.

Die Förderbedingungen sind in den „Grundsätzen für die Förderung wissenschaftlicher Projekte“ zusammengefasst: In der Präambel wird ein thematischer Rahmen für die Projektförderung abgesteckt. Des Weiteren erläutern die Grundsätze die Förderkriterien der Stiftung, die für die Begutachtungs- und Entscheidungsverfahren herangezogen werden.

Die Förderangebote der DSF stehen für die gesamte Themenbreite des Forschungsfeldes offen und orientieren sich nicht an ausgewählten thematischen Förderschwerpunkten.

Die Förderangebote untergliedern sich in die folgenden Förderkategorien:

Forschungsprojekte

Standardprojekt
Fördervolumen: bis zu100 T€
Förderzeitraum: bis zu 24 Monate

Pilotstudie
Fördervolumen: bis zu 20 T€
Förderzeitraum: bis zu 12 Monate

Post-doc-Forschungsprojekt
Fördervolumen: bis zu 150 T€
Förderzeitraum: bis zu 30 Monate

Wissenschaftliche Tagungen

Wissenschaftliche Arbeitstagung
Fördervolumen: bis zu 10 T€

Internationale Fachtagung
Fördervolumen: bis zu 20 T€

Wissenschaftliche Vernetzungs- und Transferprojekte

Vernetzungsprojekte
Fördervolumen: max. 10 T€

Transferprojekte
Fördervolumen: max. 5 T€

Ausnahmeprojekte
Nur auf Ausschreibung oder Aufforderung nach Voranfrage

1.2. Geförderte Projekte 2014

Im Berichtsjahr bewilligte der Stiftungsrat im Rahmen des Förderkonzeptes finanzielle Mittel für wissenschaftliche Projekte in einer Gesamthöhe von 693 T€.

Hiervon entfielen auf die Förderkategorie Forschungsprojekte rund 345 T€. Auf Beschluss des Stiftungsrats wurden folgende sechs Forschungsvorhaben neu in die Förderung aufgenommen:

Standardprojekte

Projektthema:	**Peaceful Coexistence? - Traditional and non-traditional conflict resolution mechanisms**
Projektleiter:	Prof. Dr. Hans Giessmann
Projektbearbeiter:	Janel B. Galvaneck, zus. mit Katrin Planta
Institution:	Berghof Foundation
Laufzeit:	Januar 2015 bis Mai 2016
Förderbetrag:	92.018,00 €

Gesellschaftliche Relevanz/Originalität des Themas

Dieses Projekt untersucht die unterschiedliche Ausgestaltung der Koexistenz von traditionellen und nicht-traditionellen Ansätzen der Konfliktbearbeitung anhand von drei Fallbeispielen aus Liberia, Kolumbien und Nordostindien. In der heutigen globalisierten Welt sind wir mit der Entstehung und Verbreitung von “universellen” Normen und Rechte konfrontiert, deren Umsetzung und Schutz nach „westlicher“ Vorstellung zu einem großen Teil dem jeweiligen Nationalstaat obliegt. Dies gilt auch für das Feld der Konfliktresolution, das hauptsächlich auf westlichen Vorstellungen und Konzepten zu Frieden und Konflikt basiert. In den letzten zwei Jahrzehnten haben sich internationale Maßnahmen zur Friedenssicherung und dem Aufbau staatlicher Strukturen zunehmend dem Konzept des “liberalen Friedens” verschrieben, welches Demokratisierung, Rechtsstaatlichkeit, Marktliberalisierung sowie die Unterstützung von Zivilgesellschaft und den Schutz von Menschenrechten beinhaltet.

Wenig beachtet wurde dabei, dass von außen eingebrachte Ansätze in Konkurrenz oder sogar im Widerspruch zu traditionellen Formen der Konfliktbearbeitung standen, die in vielen Gesellschaften über eine hohe Legitimation in Teilen der lokalen Bevölkerung verfügen. Zwar bekennen sich externe Akteure zunehmend zu Prinzipien der Inklusion und Eigenverantwortung („ownership“) sowie zur stärkeren Koordination mit lokalen Akteuren und Traditionen, es fehlt aber oft an einem besseren Verständnis der Wechselwirkungen zwischen eben jenen lokalen Traditionen und den zunehmend verbreiteten, „importierten“ Peacebuilding-Modellen.

Das Ziel dieses Projektes ist es, zur Schließung dieser Lücke beizutragen, unterschiedliche Formen der Koexistenz zwischen traditionellen und nicht-traditionellen Mechanismen der Konfliktbearbeitung herauszuarbeiten, um zu verstehen, wie Interaktionsmuster zugunsten langfristiger Friedensschaffung beeinflusst werden können. Die Ergebnisse werden nicht nur für politische Entscheidungsträger von Interesse sein, sondern auch für Friedensfachkräfte, insbesondere wenn sie in traditionell geprägten Kontexten arbeiten.

Familienmediation, La Guajira, Kolumbien

Problemstellung: Darstellung des Projekts und Fragestellung(en)

Bisher umfasst die Literatur zu traditionellen Mechanismen der Konfliktbearbeitung vor allem Beispiele aus spezifischen lokalen Kontexten, vor allem in Afrika und, in geringerem Ausmaß, in Asien. Die meisten dieser Fallstudien konzentrieren sich auf die Akteure, Methoden und die Reichweite traditioneller Mechanismen an sich. Vernachlässigt wird dabei, inwiefern diese Mechanismen mit staatlichen Formen der Konfliktbearbeitung interagieren (können) und welche Möglichkeiten und Grenzen es gibt, die unterschiedlichen Systeme zu integrieren. Vor diesem Hintergrund zielt unser Projekt ab, unter anderem folgende Forschungsfragen zu beantworten:

1. Wie funktionieren traditionelle und staatliche Mechanismen der Konfliktbearbeitung im jeweiligen Kontext?
2. Welche Formen der Koexistenz lassen sich beobachten?

3. Welche Auswirkungen haben die unterschiedlichen Formen der Koexistenz auf die Konfliktbearbeitung und den Friedensaufbau im jeweiligen Kontext?

Methodisches Vorgehen

Aufbauend auf einem theoriegeleiteten Analyserahmen zu den Faktoren und Mustern der Koexistenz zwischen traditionellen und nicht-traditionellen Mechanismen der Konfliktbearbeitung bedient sich dieses Projekt eines empirischen und komparativen Ansatzes. Der in einem ersten Schritt aus der bestehenden Literatur erarbeitete Analyserahmen wird anhand der empirischen Befunde aus den Fallstudien überprüft und erweitert. Die empirischen Befunde werden durch Forschungsreisen in ausgewählte Regionen in Liberia (Bong County, September 2015), Kolumbien (La Guajira, Juli 2015) und Nordostindien (Meghalaya State, Juni 2015) abgesichert. Unsere Forschungsmethodik beinhaltet qualitative Interviews und Gruppendiskussionen mit Gemeindemitgliedern, mit traditionellen Autoritäten, Vertretern staatlicher Einrichtungen und Experten, teilnehmende Beobachtung und Archivaufenthalte.

Ansprache des Schlichters

Die weitere Projektplanung sieht vor, im Frühjahr 2016 die Forschungsergebnisse aus den jeweiligen Länderkontexten und erste komparative Analyseergebnisse auf einer Klausurtagung mit dem international besetzten wissenschaftlichen Beirat des Projekts zu diskutieren und die komparative Analyse unter Berücksichtigung dieses Experteninputs im Mai 2016 abzuschließen.

Erwartete Forschungsergebnisse

Im Rahmen des Projekts ist die Publikation eines umfassenden Forschungsberichts zu den Faktoren und Auswirkungen unterschiedlicher Formen der Koexistenz von traditionellen und nicht-traditionellen Mechanismen der Konfliktbearbeitung durch die Berghof Foundation geplant. Dieser soll auch Politikempfehlungen an nationale Regierungen in (Nach)Kriegsländern mit starken traditionellen Einflüssen, sowie Schlussfolgerungen für internationale Geber und Friedensfachkräfte enthalten.

Weiterhin ist die Veröffentlichung von drei Kurzfassungen der Falluntersuchungen geplant. Voraussichtliches Erscheinungsdatum der Publikation ist Mai 2016.

Interinstitutionelle Kooperation

Projektthema:	**A Peacemaker in the Making? The European Union as an Actor in International Mediation**
Projektleiter:	Prof. Dr. Arne Niemann
Institution:	Universität Mainz
Laufzeit:	Februar 2015 bis Januar 2017
Förderbetrag:	99.970,00 €

Problemstellung und Forschungsziele

Workshop EU Mediation

Seit dem Beginn des 21. Jahrhunderts lässt sich ein verstärktes Engagement der Europäischen Union (EU) als Mediatorin in Friedensverhandlungen in einer Reihe von zwischen- und innerstaatlichen Konflikten beobachten. Trotz dieses empirischen Trends ist die Rolle der EU als Mediatorin in der wissenschaftlichen Literatur bisher kaum erforscht. Vor diesem Hintergrund verfolgt das Forschungsprojekt folgende drei Forschungsziele: Erstens zielt es darauf ab, zu einem besseren Verständnis beizutragen, inwiefern und in welchen unterschiedlichen Ausprägungen die EU als Mediatorin in Friedensverhandlungen engagiert ist. Zweitens soll untersucht werden, wie effektiv die EU als Mediatorin agiert. Drittens sollen unterschiedliche Ausprägungen der Effektivität der EU plausibel theoretisch erklärt werden. Während das erste Forschungsziel also vor allem einer ersten empirischen Bestandsaufnahme dient, stellen das zweite und dritte Forschungsziel den primären analytischen Fokus dieses Forschungsprojekts dar.

Originalität und wissenschaftliche Relevanz

Angesichts des großen Potenzials von Mediation als Instrument des internationalen Konfliktmanagements im Allgemeinen und der steigenden Bedeutung der EU in diesem Feld im Besonderen, beleuchtet das Forschungsprojekt ein Thema, das von hoher gesellschaftlicher Relevanz ist. Gleichzeitig leistet das Projekt auch einen wichtigen theoretischen und empirischen Beitrag zur Friedens- und Konfliktforschung. In empirischer Hinsicht zielt es darauf ab, zu einem fundierten Verständnis von Friedensbemühungen der EU beizutragen. Im Rahmen eines Sammelbandes/ Sonderheftes einer Fachzeitschrift, welcher/s die erste umfassende wissenschaftliche Publikation zu diesem Thema darstellen wird, soll das Engagement der EU im Bereich Mediation in seiner gesamten Breite systematisch nachgezeichnet werden. Des Weiteren wird eine vergleichende

Analyse von zwei Fällen von EU-Mediation Aufschluss über die Frage geben, zu welchem Grad die EU eine effektive Mediatorin darstellt und auf welche Faktoren dies zurückzuführen ist. In theoretischer Hinsicht liefert das Forschungsprojekt einen ersten umfassenden Analyserahmen für die Bewertung und Erklärung der Effektivität der EU als Mediatorin. Durch die Spezifizierung kausaler Mechanismen und deren Überprüfung mit Hilfe einer „dualen Prozessanalyse" („dual process-tracing approach") soll zu einer Weiterentwicklung bestehender Erklärungsansätze in der Mediationsforschung beigetragen werden. Zudem zielt das Projekt darauf ab, zwei unterschiedliche Forschungsstränge der Internationalen Beziehungen, die bisher nur selten aufeinander bezogen wurden, näher zusammenzubringen: die Friedens- und Konfliktforschung mit der Forschung zur EU-Außenpolitik.

Analyserahmen und Forschungsdesign

Aufbauend auf einer Synopse der Literatur zur EU-Außenpolitik und der Forschung zu internationaler Mediation wird ein Analyserahmen für die Untersuchung der Effektivität der EU als Mediatorin in Friedensverhandlungen entwickelt. Hier greifen wir auf die Ergebnisse einer Pilotstudie zurück, in denen die wesentlichen Bausteine des Analyserahmens bereits identifiziert und einer ersten empirischen Überprüfung unterzogen wurden. Der Analyserahmen wird dann auf zwei Fälle von EU-Mediation angewandt: (i) die Verhandlungen zwischen Serbien und Montenegro (2001-2002) über die Bildung eines Staatenbundes und (ii) der Belgrad-Pristina-Dialog zwischen Serbien und Kosovo (2011-).

Das Forschungsdesign des Projektes basiert auf einem Methodenmix. Die vergleichende Analyse von zwei Fällen von EU-Mediation wird durch eine Prozessanalyse („process tracing") implementiert. Dabei wird auf unterschiedliche Datenquellen zurückgegriffen, die unter anderen durch semi-strukturierte Interviews und die Analyse von Primärquellen generiert werden.

Erwartete Forschungsergebnisse und Praxisrelevanz

Das Projekt lässt zum einen fundierte empirische Einblicke über interne Handlungsabläufe und die Organisation der Mediationsbemühungen der EU erwarten, insbesondere durch die Vielzahl an Experteninterviews. Zum anderen verspricht es, theoriegeleitete Erkenntnisse über die Erfolgsbedingungen von EU-Mediationsinitiativen zu generieren, insbesondere hinsichtlich von Faktoren wie Mediationsstrategie und Kohärenz im Außenverhalten der EU und deren Wirkung auf den Verhandlungsprozess.

Ein zentrales Ziel des Forschungsprojekts ist die Generierung von praxisrelevantem Wissen, welches auch als Grundlage zur Etablierung eines Dialogs mit entsprechenden politischen Akteuren dienen soll. Die Ergebnisse unseres Forschungsprojekts sollen dazu verwendet werden, Lehren aus den analysierten Fällen von EU-Mediation zu ziehen und auf deren Basis in einem Strategiepapier präzise Handlungsempfehlungen für die Weiterentwicklung der Fähigkeiten der EU im Bereich Mediation zu entwickeln.

Projektthema:	**Screening Transitional Justice in Serbia. ICTY Representations and the Memory of War Crimes in Serb Television and Print Media**
Projektleiter:	Prof. Dr. Anna Geis
Institution:	Universität Magdeburg
Laufzeit:	Februar 2015 bis Juni 2016
Förderbetrag:	93.163,00 €

Problemstellung und forschungsleitende Fragen

Der 1993 eingerichtete Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia; ICTY) ist ein ebenso zentrales wie umstrittenes Element in den Transitional-Justice-Prozessen der betroffenen Staaten. Insbesondere in Serbien wird die Legitimität des Strafgerichtshofs erheblich in Frage gestellt.

Das Dienstgebäude des ICTY in Den Haag

Das Projekt untersucht die öffentliche Darstellung des ICTY in serbischen TV-Nachrichten und -Berichterstattung. Anhand von viel diskutierten Strafprozessen werden u.a. folgende Aspekte beleuchtet:

Wie werden die unterschiedlichen, im Strafgerichtshof agierenden Personen in der Berichterstattung dargestellt?

Werden Angeklagte als Akteure beschrieben, die im Namen ihrer Nation gehandelt haben oder als individuelle Täter, die außerhalb der jeweiligen Gemeinschaft stehen?

Inwiefern stellen die Medienformate den ICTY als eine illegitime Institution dar oder als verlässliche, glaubwürdige Quelle juristischer Beweisführung und historischer „Wahrheiten“?

Relevanz für die Friedens- und Konfliktforschung sowie Originalität des Vorhabens

Es ist eine wichtige Aufgabe von Friedens- und Konfliktforschung, die Auswirkungen und die in den „Zielgesellschaften“ wahrgenommene Legitimität von Transitional-Justice-Mechanismen zu untersuchen. Medieninhalte, die den ICTY als eine illegitime oder anti-serbische Institution darstellen, unterminieren die Autorität und die Fähigkeit des Tribunals, die Aufarbeitung der Vergangenheit voranzutreiben und historische „Wahrheiten” über die Kriege der 1990er Jahre zu etablieren. Bislang liegt keine systematische Forschung über die Rezeption des Tribunals in audio-visuellen Medienformaten in Ex-Jugoslawien vor. Generell wird visuelles Material in der Friedens- und Konfliktforschung sehr selten analysiert. Dies ist schwer nachzuvollziehen angesichts der prominenten Debatte über die „Macht der Bilder” in einem digitalen Zeitalter.

Screenshot aus der software-gestützten Codierung von serbischen TV-Nachrichten über den Strafgerichtshof

Theoretisch-methodische Grundlegung des Projekts

Das Projekt verortet sich in der Transitional Justice-Forschung. Die akademischen Debatten über den ICTY beziehen sich häufig auf die Wirkungen des Tribunals und wie man diese konzeptualisieren kann. Für das vorliegende Projekt ist vor allem die öffentliche ‘aufklärende’ Rolle des Tribunals von Interesse, da der Gerichtshof die betroffenen Gesellschaften zur Auseinandersetzung mit der Vergangenheit anregen soll. Die theoretische Rahmung knüpft daher auch an Studien an, die sich mit der diskursiven Konstruktion kollektiver Erinnerung an Gewaltereignisse befassen.

Das Forschungsteam wendet Ansätze der multimodalen Diskursanalyse an, um das textbasierte und audio-visuelle Material zu untersuchen. Da solche Ansätze in der Friedens- und Konfliktforschung wenig etabliert sind, ist eine angemessene Methodik für den Fall des Tribunals und der

diskursiven Konstruktion seiner (Il-)Legitimität im Laufe des Projekts weiter zu entwickeln. Analysiert werden Nachrichten und weitere Berichterstattung über Strafprozesse des ICTY in den drei meist gesehenen serbischen TV-Stationen *Radio-Televizija Serbia* (*RTS*), *RTV Pink* und *B92*.

Geplante Umsetzungsschritte

Das Datenmaterial ist sehr umfangreich, sodass der erste Schritt der Untersuchung in der Sammlung, Auswahl und Reduzierung des Materials liegt. Die Daten werden erfasst und transkribiert, um schließlich eine computergestützte Diskursanalyse durchzuführen. Eine detailliertere qualitative Analyse ausgewählter audio-visueller Materialien und ein Vergleich von Daten folgen diesen Schritten. Zur Ergänzung und Validierung der Ergebnisse der Diskursanalyse werden semi-strukturierte Experteninterviews mit Vertretern des ICTY, der serbischen Medien und zivilgesellschaftlicher Organisationen durchgeführt. Fokusgruppeninterviews mit Studierenden in Serbien sollen schließlich probeweise Aufschluss geben über die subjektiven Wahrnehmungen von Medienkonsumenten.

Erwartete Ergebnisse und Praxisrelevanz

Das Projekt soll insgesamt

die wahrgenommene Legitimität des ICTY in ausgewählten serbischen Massenmedien beurteilen; diskursive (fortbestehende oder sich wandelnde) Muster der Repräsentation der Vergangenheit in serbischen Medien untersuchen; die Analyse visueller Medien in der Friedens- und Konfliktforschung befördern; Kooperationsbeziehungen mit Menschenrechtsaktivisten und Journalisten in Serbien etablieren und durch die Forschungsergebnisse zur Unterstützung der Aktivisten im Feld beitragen.

Pilotstudien

Projektthema:	**Friedens- und Konfliktforschung in der Bundesrepublik Deutschland: Entstehung und Entwicklung eines problemorientierten Forschungsfeldes**
Projektleiter:	Prof. Dr. Christoph Weller
Institution:	Universität Augsburg
Förderzeitraum:	Oktober 2014 – August 2015
Förderbetrag:	20.000,00 €

Kaum jemand spricht sich gegen Frieden aus, aber über den besten Weg zum Frieden herrscht fast immer, zum Teil erbitterter politischer Streit. Angesichts dieser Konstellation scheint es – insbesondere aus einer wissenschaftssoziologischen Perspektive – schwer vorstellbar, dass eine derart politisierte Frage wie die nach dem Frieden zum Forschungsgegenstand oder gar zum Ziel einer wissenschaftlichen Forschungsrichtung wird.
Dass sich heute zahlreiche WissenschaftlerInnen unterschiedlicher Disziplinen als FriedensforscherInnen verstehen und für ihre Forschung eine Förderung durch die Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF) erhalten können, zeigt, dass sich dieses Forschungsfeld – trotz der Unwahrscheinlichkeit seiner Entstehung – dennoch etablieren konnte.

Bunte Vielfalt von Publikationen im Bereich Friedens- und Konfliktforschung

Das von der DSF an der Universität Augsburg geförderte Pilotprojekt „Friedens- und Konfliktforschung in der Bundesrepublik Deutschland: Entstehung und Entwicklung eines problemorientierten Forschungsfeldes" unter Leitung von Stefan Böschen, Philipp Gassert und Christoph Weller geht vor diesem Hintergrund der Frage nach, warum und wie sich dieses stark politisierte und heterogene Forschungsfeld in der Bundesrepublik etablieren konnte. Wie verschränkten sich wissenskulturelle, institutionelle und politische Einflussfaktoren bei seiner Formierung? Diese Fragen können nur im Rahmen eines umfangreichen, interdisziplinären Projekts beantwortet werden, dessen Grundlagen durch die durchgeführte Pilotstudie entwickelt werden.

Um die Entstehung und Entwicklung des Forschungsfeldes verstehen zu können, wurde ein wissenschaftssoziologischer und wissenschaftshistorischer Ansatz gewählt. Daraus ergaben sich für die Pilotstudie drei konkrete Ziele: 1) die Rekonstruktion der frühen Akteursnetzwerke innerhalb der Friedens- und Konfliktforschung und ihrer zentralen Themen und Konzepte, 2) die Sicherung einer empirischen Basis durch die Identifizierung von wichtigen Quellenbeständen und 3) die Entwicklung eines methodisch-konzeptionellen Designs für ein darüber hinausgehendes Projekt.

Konkret wurden im Rahmen der Pilotstudie sowohl Interviews mit ZeitzeugInnen durchgeführt als auch Archivbestände identifiziert und die dort gesicherten Zeitdokumente einer ersten Analyse unterzogen. Die leitfadengestützten Interviews dienten der Erfassung von Narrativen über Institutionen, Personen, Initiativen, Wendepunkte und Themen der Frühphase der Friedens- und Konfliktforschung als auch der Rekonstruktion der zeitgeschichtlichen, politischen und wissenschaftspolitischen Umstände, die aus Sicht der Befragten zur Entstehung des Forschungsfeldes beitrugen. Diese Einschätzungen wurden durch die Analyse von Publikationen aus der Entstehungszeit und von Zeitdokumenten aus Archiven ergänzt.

Durch diese methodische Vorgehensweise und die Reflexion der dadurch gewonnenen Einsichten im Rahmen eines ExpertInnenworkshops lässt sich als eine vorläufige Einsicht, die einem weitergehenden Projekt als Leithypothese dienen kann, formulieren: Die große Heterogenität disziplinärer und institutioneller Einbindung sowie politischer Orientierung wichtiger Personen in der Entstehungsphase der Friedens- und Konfliktforschung in der Bundesrepublik Deutschland Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre war nicht Hindernis, sondern Voraussetzung für die Etablierung dieses Forschungsfelds und seine Dynamik in den 1970er Jahren. Die disziplinäre Vielfalt der „Denkstile“ – von der Psychologie und Pädagogik über Politikwissenschaft, Völkerrecht und Soziologie bis hin zur Zukunftsforschung und Atomphysik – konnte durchaus zur gegenseitigen Befruchtung multidisziplinärer „Denkkollektive“ beitragen. Die davon ausgehenden Dynamiken konnten im Rahmen der entstehenden Institutionalisierung (VDW, AFK, MPI, DGFK etc.) auch tiefe politisch-ideologische Gräben für eine begrenzte Zeit überdecken und eine Vernetzung von engagierten Forscherpersönlichkeiten ermöglichen, deren wissenschaftlichen Arbeiten nachhaltige Wirkung entfalteten.

Der politische Streit um den Frieden und die darin engagierten gesellschaftlichen Initiativen und Bewegungen bildeten vor dem Hintergrund einer außerordentlich konfliktiven internationalen Politik und der atomaren Bedrohung eine wichtige Anreizstruktur für viele ForscherInnen, wodurch

ihr wissenschaftliches und politisches Engagement auch als „Wissenschaftsbewegung“ verstanden werden kann. Weitere Narrative dieses Entwicklungsprozesses werden sich beschreiben lassen, wenn die Materialbasis der Forschung erweitert wird. Sie kontrastieren jene Beschreibungen, welche die Friedensforschung selbst in den unterschiedlichen Phasen ihrer Selbstbeschreibung hervorgebracht hat und die ebenso ihren Beitrag zur Rekonstruktion der Entstehung und Entwicklung des Forschungsfeldes leisten. Um die Transformation eines politischen Streits in ein wissenschaftliches Forschungsfeld zu verstehen und daraus einen Beitrag zum weitergehenden Verständnis seiner aktuellen Situation in Deutschland ableiten zu können, werden diese Narrative im Rahmen einer wissenschaftssoziologischen Forschungsperspektive kontextualisiert.

Projektthema:	**Ein Datensatz der humanitären militärischen Interventionen nach dem Zweiten Weltkrieg**
Projektleiter:	Dr. Matthias Dembinski und Dr. Thorsten Gromes
Institution:	Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)
Förderzeitraum:	August 2014 – September 2015
Förderbetrag:	19.622,00 €

Gesellschaftliche Relevanz

Humanitäre militärische Interventionen zählen seit den 1990er Jahren zu den zentralen Kontroversen der Friedenspolitik. Gleichwohl mangelt es an Studien, die eine große Zahl von Fällen betrachten, und an Arbeiten zu den Effekten solcher Interventionen. Diese Lücke ist auch dem Umstand geschuldet, dass keine verlässlichen Daten zu humanitären militärischen Interventionen vorliegen. Die Pilotstudie schließt diese Lücke und schafft mit einem dokumentierten Datensatz die Grundlage für größere Forschungsvorhaben, etwa zu Ursachen des Erfolgs oder Scheiterns humanitärer militärischer Interventionen. Neben einem tabellarischen Datensatz erarbeitet das Projekt eine Sammlung von Fallbeschreibungen, welche die einzelnen Interventionen dokumentieren. Diese Materialien werden nach Abschluss übers Internet zur Verfügung gestellt.

Ein UN-Blauhelm aus Argentinien hilft Frauen in einem Fußballstadium in Port-au-Prince, Haiti, den Reis für ihre Familien nach Hause zu tragen.

Um möglichst viele Anschlussstellen zu bieten, geht das im Projekt zugrunde gelegte Verständnis einer humanitären militärischen Intervention von einem begrifflichen Kern aus, der in der Forschung auf breite Zustimmung stößt: Bei einer humanitären militärischen Intervention schickt ein Staat oder entsenden mehrere Staaten Soldaten in ein anderes Land, um dort unter Androhung oder Ausübung von Zwang erklärtermaßen das Leben fremder Staatsangehöriger zu retten, die von einer durch Gewalt geprägten Notlage bedroht sind. Eine solche Notlage ermittelt das Projekt mithilfe der Angaben des in diesem Forschungsbereich führenden Uppsala Conflict Data Program (UCDP) zu drei Formen von Gewalt: zu bewaffneten Konflikten, sogenannten nicht-staatlichen Konflikten und zu Übergriffen gegen Zivilisten. Diese Gewaltformen sind durch mindestens 25 Todesopfer im Kalenderjahr definiert.

Vorgehen

Ausgehend von einem etablierten Datensatz zu jeglichen militärischen Interventionen bis 2005 hat das Projekt eine vorläufige Liste potenzieller Fälle einer humanitären militärischen Intervention bis 2014 erarbeitet. Im Rahmen eines Workshops haben vier externe Expertinnen (Matthias Basedau, Martin Binder, Anita Gohdes und Peter Rudolf) diese Liste wie auch das Erhebungsinstrumentarium kritisch kommentiert.

Für den Zeitraum von 1946 bis 2014 kam das Projekt auf 47 potenzielle Fälle, die von studentischen Hilfskräften und Teilnehmenden eines Forschungspraktikums an der Goethe-Universität Frankfurt in Form von acht- bis zehnseitigen Beschreibungen unter Angabe von Quellen dokumentiert wurden. Dabei untersuchten jeweils zwei Studierende unabhängig voneinander die einzelnen Fälle. Bei voneinander abweichenden Ergebnissen legten sie die Gründe für ihr Urteil dar. Blieben Widersprüche in der Diskussion oder nach Hinzuziehen weiteren Materials bestehen, entschied die Projektleitung unter Berücksichtigung der jeweiligen Dokumentationen. Die auf diese Werte erarbeiteten Fallbeschreibungen werden FallgutachterInnen vorgelegt.

Erwartete Ergebnisse

Der tabellarische Datensatz wie auch die Fallbeschreibungen informieren zunächst über die von Gewalt geprägte Notlage im Zielland der Intervention, so über Beginn der Gewalt, die Konfliktparteien und den zentralen Konfliktgegenstand sowie die Zahl der Opfer vor der humanitären militärischen Intervention. Im Zentrum der Datensammlung stehen Informationen zur Intervention selbst. Das Projekt erhebt die intervenierenden Parteien und die eingesetzten Streitkräfte, die erklärten Ziele, die etwaige Autorisierung des Einsatzes durch den Sicherheitsrat, regionale Organisationen oder die Regierung des Ziellands, einzelne Aktivitäten der Interventen und Gegeninterventionen anderer Staaten. Des Weiteren wird ermittelt, inwiefern die Interventen ihr erklärtes Ziel, Bürger anderer Staaten zu retten, konterkariert haben. Schließlich dokumentiert der Datensatz die Entwicklung der von Gewalt geprägten Notlage während und nach der humanitären militärischen Intervention. Dabei schlüsselt er auf, inwieweit die Notlage endete, die Zahl der Todesopfer zurückging und ob es nach der Intervention zu weiteren Gewaltkonflikten im Zielland kam.

Die zu erhebenden Daten bieten Anknüpfungspunkte für deskriptive und normative Arbeiten wie auch für Studien, die auf kausale Zusammenhänge fokussieren. Der Datensatz kann bei einer Vielzahl von Forschungsfragen mit großer Relevanz für politische EntscheidungsträgerInnen helfen: Wer interveniert wo, wann, wie lange und mit welchen Mitteln? Welche kurz- und langfristigen Folgen haben humanitäre militärische Interventionen? Die Bearbeiter selbst planen ein Folgeprojekt, das die Bedingungen von Erfolg und Scheitern humanitärer militärischer Interventionen analysiert.

Projektthema:	**Forensische Anthropologie als Beitrag zur Gewaltverarbeitung und transnationaler Wissenstransfer, am Beispiel des argentinischen EAAF (Mexiko, Spanien)**
Projektleiter:	Prof. Dr. Marianne Braig/Dr. Anne Huffschmid,
Institution:	FU Berlin
Förderzeitraum:	April 2015 bis November 2015
Förderbetrag:	20.000,00 €

Forensische Anthropologie als Beitrag zur Gewaltverarbeitung, Erinnerungsarbeit und transnationaler Wissenstransfer

Arbeitsmaterial des EAAF

Die "Verschwundenen", die in Lateinamerika in den 1970er Jahre als *Desaparecidos* bekannt wurden, sind nicht mehr nur ein Thema der Vergangenheit. In Mexiko hat die aktuelle Gewalteskalation selbst nach offiziellen Statistiken 25.000 neuer "Verschwundener" hervorgebracht – das Massaker von Iguala im südmexikanischen Guerrero, bei dem im September 2014 über 40 Studenten von Polizisten verschleppt wurden und seither als ‚verschwunden' gelten, hat die Situation auch international skandalisiert. Wenn Menschen nicht nur getötet, sondern auch deren Körper eliminiert und damit die soziale Existenz ausgelöscht werden – das gewaltsame Verschwindenlassen wurde von lateinamerikanischen Militärdiktaturen als Repressionstechnologie gleichsam erfunden – kommt die forensische Anthropologie ins Spiel. Diese wurde von dem argentinischen Forensiker-Team *Equipo Argentino de Antropología Forense* (EAAF) nach Ende der Militärdiktatur in den 1980er Jahre als transdisziplinäres Feld neu begründet und in den Dienst der Menschenrechte gestellt: Es ging

nicht mehr um kriminalistische Analyse vorliegender Knochenteile, sondern um die aktive Suche nach den Überresten Verschwundener, die Öffnung von Massengräbern, die Exhumierung und Identifizierung namenloser Leichname.

Dabei spielen bioanthropologische Analyse und Gendaten eine ebenso große Rolle wie Ethik, Vertrauensbildung und juristische Beweisführung. Die inzwischen weltberühmte Forensiker-NGO ist heute in mehr als 50 Ländern im Einsatz, seit zehn Jahren auch in Mexiko und dort gegenwärtig mit der Aufklärung des Iguala-Massakers befasst. Ob politisch motivierte Repression oder die Netze des organisierten Verbrechens, die Herausforderung für forensische Anthropologen bleibt stets dieselbe: die Rückholung namenloser Toter in den sozialen Raum – ihrer Familien aber auch der Justiz und politischen Öffentlichkeit.

Ein Forensiker bei der Arbeit

Auch wenn Exhumierungen in Berichten über Transitional Justice-Dynamiken, spätestens seit den Balkankriegen der 1990er Jahre, regelmäßig Erwähnung finden, ist ihr spezifischer Beitrag zur Aufarbeitung extremer Gewalt bislang nicht systematisch erforscht. An dieser Forschungslücke setzt die vorliegende Pilotstudie an. Am Beispiel des EAAF und zwei ausgewählter Einsatzgebiete (Mexiko, Spanien) wird untersucht, welchen Beitrag die forensische Anthropologie zur gesellschaftlichen Gewaltverarbeitung leisten kann, wie sie sich als kulturübergreifendes Wissensfeld herausbildet und welche welche Wirkungen diese ‚Knochenarbeit' in verschiedenen Gewaltszenarien zeitigt. Während es sich im mexikanischen Fall um die Gegenwart organisierter Kriminalität und korrumpierter Staatlichkeit handelt, geht es im spanischen Fall – wo Exhumierungen von Franco-Opfern erst seit den 2000er Jahren und ohne staatliche Hilfe durchgeführt werden – um die lange verdrängte Vergangenheit eines politischen Terrorregimes.

Die explorative Studie sondiert zunächst die drei Szenarien Argentinien, Mexiko und Spanien in Hinblick auf folgende Fragen und Themen: die Erzeugung eines spezifischen forensischen *Wissens* (Diskurse, Bilder, Erzählungen); die jeweilige Bedeutung forensischer Exhumierung, Identifizierung, Rekonstruktionen für Angehörige und für die Erinnerungskulturen, mit Blick auf die soziale Sichtbarmachung von Opfern wie auch auf die Möglichkeiten der Justiz; die (ambivalente) Rolle von Wissenschaftler/inne/n als Erinnerungsakteure; forensische Arbeit als (trans)kulturelle Praxis und Intervention in *verschiedene* Gewaltszenarios und die Frage der Übersetzbarkeit zwischen unterschiedlichen Kulturen, Konflikttypen und Zeithorizonten.

Auf Grundlage von Vorrecherchen und Datenmaterial zur Arbeit des argentinischen EAAF werden zunächst Kernelemente einer menschenrechtsorintierten Forensik und ihres interdisziplinären Selbstverständnisses herausgearbeitet. Daran anknüpfend nähert sich die Studie den Schauplätzen Mexiko und Spanien. Beleuchtet wird sowohl die Arbeit des argentinischen Teams in Mexiko (konkret: Ciudad Juárez, Guerrero), ihre lokale wie nationale Wirkung und Perzeption, wie auch ihr Einfluss auf die Entwicklung in Spanien, wo die Öffnung von Massengräbern zum Katalysator einer verdrängten Gewalterinnerung wurde. In beiden Fällen werden weitere regierungsunabhängigen Akteure in den Blick genommen, die – ähnlich wie einst die Argentinier – ihre wissenschaftlich-forensische Praxis als Dienst an Angehörigen von Gewaltopfern und Verschwundenen verstehen: in Spanien die *Asociación de Recuperación de Memoria Histórica* (ARMH), in Mexiko das erst 2013 gegründete *Equipo Mexicano de Antropologia Forense* (EMAF).

Den Opfern des Massakers von Ayotzinapa (Guerrero, Mexiko) ein Gesicht geben.

Der Frage zur gesellschaftlichen, erinnerungskulturellen und transnationalen Wirkmacht der forensischen Anthropologie geht die Studie mit einem – in bisherigen Forschungen bewährten – kulturwissenschaftlich ausgerich-

teten Ansatz nach, in deren Zentrum kulturelle Prozesse und soziale Bedeutungen stehen. Zur Anwendung kommen dabei situierte Interviews zentraler Akteure, ethnographische und visuelle Erkundungen signifikanter Orte, sowie die analytische Lektüre und verdichtete Beschreibung von Diskurssträngen, Bildfelderm, Materialitäten und (Erinnerungs-)Räume.

Ziel der Pilotstudie ist es, anhand dieser Feldsondierung das Potenzial (und die Probleme) einer solchen integralen Forensik für Prozesse der Gewaltbearbeitung herauszuarbeiten und daraus ein breiter angelegtes Forschungsvorhaben zu entwickeln. Darin soll die forensische Bearbeitung *aktueller* Gewaltprozesse in Kontexten wie dem organisierten Verbrechen und des Menschen/Frauenhandels in Ländern wie Mexiko und Argentinien anhand von ausgewählten Akteuren und Fällen begleitend und vergleichend untersucht werden.

Post-Doc Projekte

Im Jahr 2014 nahm die Stiftung keine Post-Doc Projekte in die Förderung auf.

1.3. Geförderte Tagungen 2014

Auf die Förderkategorie Wissenschaftliche Tagungen entfielen rund 42 T€. Auf Beschluss des Geschäftsführenden Vorstands wurden folgende fünf Tagungsvorhaben neu in die Förderung aufgenommen:

Wissenschaftliche Arbeitstagungen

Wissenschaftliche Fachtagungen

Projektthema:	**Krieg und Frieden: Kulturelle Deutungsmuster**
Projektleiter:	Prof. Dr. Samuel Salzborn/Dr. Holger Zapf
Institution:	Universität Göttingen
Ort/Zeitraum:	Göttingen, 1.-2. April 2014
Förderbetrag:	2.972,00 €

Projektthema:	**Accounting for Combat-Related killings in Cultures of War Discourse**
Projektleiter:	Prof. Dr. Thomas Scheffer
Institution:	Universität Frankfurt a. M.
Ort/Zeitraum:	Frankfurt a. M., 21. – 23. Juli 2014
Förderbetrag:	9.703,00 €

Fachtagungen unter Einbindung von Praxisakteuren

Projektthema:	**Das Missbrauchsrisiko in den Biowissenschaften – Biosicherheitsrelevante Forschung zwischen Freiheit, Fortschritt und Verantwortung**
Projektleiter:	Prof. Dr. Silja Vöneky
Institution:	Universität Freiburg
Ort/Zeitraum:	Freiburg, 3. Juli 2014
Förderbetrag:	3.840,00 €

Internationale wissenschaftliche Tagungen

Projektthema:	**100 Years of Peace through Law: Past and Future**
Projektleiter:	Prof. Dr. Andreas von Arnauld et al.
Institution:	Universität zu Kiel
Ort/Zeitraum:	Kiel, 19.-21. September 2014
Förderbetrag:	13.728,00 €

Projektthema:	**Dehumanisierung der Kriegführung**
Projektleiter:	Prof. Dr. Wolff Heintschel von Heinegg
Institution:	Universität Frankfurt/Oder
Ort/Zeitraum:	Frankfurt/Oder, 13.-14. Februar 2015
Förderbetrag:	11.467,00 €

Auf die Förderkategorie Vernetzungs- und Transferprojekte entfielen rund 40 T€. Auf Beschluss des Geschäftsführenden Vorstands wurden folgende fünf Vorhaben neu in die Förderung aufgenommen:

Projektthema:	**Inklusion – Exklusion**
Projektleiter:	Prof. Dr. Christoph Weller
Institution:	Universität Augsburg/AFK
Ort/Zeitraum:	Schwerte, 03. -05. April 2014
Förderbetrag:	10.000,00 €

Projektthema:	**Arms Control for Autonomous Robots? Science and Diplomacy at the Crossroads**
Projektleiter:	Dr. Jürgen Altmann, Dr. Frank Sauer
Institution:	TU Dortmund/BW Universität München
Ort/Zeitraum:	On-Site Workshops, CCW Expert Meeting Genf, 12.-16. Mai 2014
Förderbetrag:	9.825,00 €

Projektthema:	**Sustainability Transitions and Sustainable Peace Handbook (STSP) Handbuch**
Projektleiter:	PD. Dr. Hans-Günther Brauch
Institution:	AFES Press
Förderbetrag:	6.800,00 €

Projektthema:	**The WMD Free Zone in the Middle East: Constructive Proposals for the Helsinki Process**
Projektleiter:	PD Dr. Bernd Kubbig
Institution:	Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung
Ort/Zeitraum:	Side-Event at the 2014 NPT PrepCom New York, 06. Mai 2014
Förderbetrag:	6.800,00 €

Projektthema:	**Institutionalisierte Vernetzung der Lehrenden im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung zu den Themenschwerpunkten Curricula und Didaktik**
Projektleiter:	Dr. Thomas Nielebock
Institution:	Universität Tübingen/AFK
Ort/Zeitraum:	Tübingen, 06.-08. November 2014
Förderbetrag:	6.218,00 €

Ausnahmeprojekte

In diese Förderkategorie fällt die Förderung des „Friedensgutachten“, das gemeinsam von fünf deutschen Forschungseinrichtungen der Friedens- und Konfliktforschung herausgegeben wird. Die Ausgabe für das Jahr 2014 wurde federführend durch die Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST), Heidelberg, betreut.

Der Förderbetrag beläuft sich auf 20 T€.

Titel:	**Friedensgutachten 2014**
Projektleiter:	Dr. Ines-Jacqueline Werkner
Institution:	Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST), Heidelberg
Förderbetrag:	20.000,00 €
Laufzeit:	Januar bis Juli 2014

2. Struktur- und Nachwuchsförderung

In ihrer Gründungsphase legte die Deutsche Stiftung Friedensforschung ein Programm zur Struktur- und Nachwuchsförderung auf, für das einmalig rund fünf Millionen Euro zur Verfügung gestellt wurden. Damit verband sie das Ziel, die strukturelle Verankerung der Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland nachhaltig zu stärken.

Mit den Anschubfinanzierungen der Stiftung wurden drei Masterstudiengänge für Friedens- und Konfliktforschung aufgebaut:

- Masterstudiengang Friedens- und Konfliktforschung an der Universität Marburg
- Masterstudiengang Friedensforschung und internationale Politik an der Universität Tübingen
- Postgradualer Masterstudiengang Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (Kooperationsverbund der deutschen Friedensforschungsinstitute)

Die Stiftung fördert die Entwicklung der Masterstudiengänge fortlaufend durch begleitende Maßnahmen wie z. B. hochschuldidaktische Workshops, Vernetzungstagungen und Praxisworkshops (s. Förderung von Vernetzungs- und Transferprojekten).

Des Weiteren unterstützte die Stiftung im Rahmen des Programms die Einrichtung der Carl Friedrich von Weizsäcker-Stiftungsprofessur für Naturwissenschaft und Friedensforschung an der Universität Hamburg.

Die dritte Säule des Sonderprogramms bildete die Promotionsförderung mit Betreuungssystem an drei Standorten. Im Berichtsjahr erschien die folgende Publikation, die aus einem Promotionsstipendium der DSF hervorgegangen ist:

Carsten Rauch: Das Konzept des friedlichen Machtübergangs. Die Machtübergangstheorie und der weltpolitische Aufstieg Indiens. Studien der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Nomos 2014, Band 26.

Im Bereich der Nachwuchs- und Strukturförderung bietet die Stiftung keine aktuellen Fördermöglichkeiten mehr an.

II. Transferaktivitäten und Veranstaltungen

1. Internationales wissenschaftliches Symposium

Im Zentrum der eigenen Veranstaltungen stand im Berichtsjahr das internationale Symposium "Peacebuilding in Crisis" in Osnabrück:

Internationales Symposium „Peacebuilding in Crisis? Experience and New Perspectives“

(in Kooperation mit dem Zentrum für Demokratie- und Friedensforschung der Universität Osnabrück)

Osnabrück, 23.-25. Januar 2014

Das Symposium widmete sich der Frage, warum das internationale Engagement zur Friedenskonsolidierung in Post-Konfliktgesellschaften, das seit dem Ende des Kalten Krieges einen bisher ungekannten Umfang erreicht hat, die hochgesteckten Erwartungen nicht erfüllen konnte. Ist es gerechtfertigt, von einer Krise des Peacebuilding zu sprechen?

Das Symposium stieß auf großes Interesse

In den Beiträgen des Symposiums wurden zum einen die konzeptionellen Grundlagen der Peacebuilding-Operationen einer kritischen Diskussion unterzogen, zum anderen analysierten sie die Erfahrungen mit den Prozessen der Friedenskonsolidierung aus unterschiedlichen Perspektiven.

Darüber hinaus suchten die Teilnehmer und Teilnehmerinnen der Tagung nach Antworten auf die Frage, auf welchen normativen und institutionellen Grundlagen künftige Peacebuilding-Konzepte aufbauen und welche Schlussfolgerungen hieraus für die friedenspolitische Praxis gezogen werden können.

Die Tagungsbeiträge werden im Fachverlag Routledge veröffentlicht werden.

2. Parlamentarischer Abend und öffentliche Veranstaltungen

Die Deutsche Stiftung Friedensforschung unterstützt mit eigenen Veranstaltungen die Vermittlung von Forschungsbefunden aus der Friedens- und Konfliktforschung in die politische Praxis und Öffentlichkeit. Hierfür werden insbesondere auch die Ergebnisse genutzt, die aus den geförderten Forschungsprojekten hervorgegangen sind. In den zurückliegenden Jahren richtete die Stiftung wiederholt Fachgespräche, Parlamentarische Abende und eigene wissenschaftliche Konferenzen aus. Hinzu kommen Veranstaltungsprojekte mit anderen Kooperationspartnern, die das Ziel haben, Erkenntnisse aus der wissenschaftlichen Forschung zu friedenspolitischen Themen für ein breites Fachpublikum und eine interessierte Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Ein besonderes Augenmerk richtet die Stiftung auf den Dialog zwischen der Friedens- und Konfliktforschung und politischen Entscheidungsträgern in Parlament und Regierung. Hierdurch sollen Anstöße für langfristig angelegte politische Strategien zur Förderung von Frieden und Sicherheit gegeben und Handlungsoptionen in zentralen aktuellen Handlungsfeldern der Friedens- und Sicherheitspolitik aufgezeigt werden.

Im Berichtsjahr richtete die Stiftung einen Parlamentarischen Abend in der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft in Berlin aus:

Neue Verantwortung – mehr Engagement für Friedensförderung? Potenziale und Optionen für die deutsche Politik in Zeiten eskalierender Gewaltkonflikte (03. November 2014)

Die Veranstaltung befasste sich vor allem mit der Frage, ob und wie Deutschland sich aktuellen und künftigen weltpolitischen Herausforderungen stellen soll. Was soll das Neue an dieser Verantwortung sein, oder welche Ziele sollen mit welcher Priorität verfolgt werden? Ferner wiesen die Referenten, Prof. Dr. Harald Müller, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt a. M., und Prof. Dr. Conrad Schetter, Bonn International Center for Conversion, darauf hin, dass die politische und öffentliche Debatten und sich nur mit dem Für und Wider militärischer Interventionen auseinanderzusetzten, nicht aber mit anderen, insbesondere auch zivilen friedenspolitischen Instrumenten.

Des Weiteren richtete die Stiftung im Berichtsjahr folgende öffentliche Veranstaltungen aus:

Juli 2014

„1914 – 2014: Von der maschinellen zur automatisierten Kriegsführung?“ in der Volkshochschule Osnabrück (im Rahmen des Programms der Stadt Osnabrück zum Beginn des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren).

Die beiden Referenten Herfried Münkler (links), HU Berlin, und Götz Neuneck rechts), IFSH, spannten einen Bogen von den rüstungstechnologischen Dynamiken im Vorfeld und während des Ersten Weltkriegs zur heutigen Automatisierung bzw. Roboterisierung der Kriegsführung. In der Mitte Prof. Dr. Ulrich Schneckener.

Review 2014 – Außenpolitik Weiter Denken: Deutschland und die Schutzverantwortung – sind wir bereit zu mehr Engagement?

Das Auswärtige Amt wählte Osnabrück als Standort für eine Regionalveranstaltung im Rahmen des Review 2014 – Außenpolitik Weiter Denken, um mit Bürgerinnen und Bürgern über das Thema der internationalen Schutzverantwortung zu diskutieren. Lokale Kooperationspartner des Auswärtigen Amtes für die öffentliche Veranstaltung am 15. Juli 2014 (19 Uhr, Aula des Schlosses) waren die Deutsche Stiftung Friedensforschung und die Osnabrücker Friedensgespräche.

An der Veranstaltung nahm mit Patricia Flor, Leiterin der Abteilung Vereinte Nationen und Globale Fragen, eine hochrangige Vertreterin des Auswärtigen Amtes teil. Als außenpolitischer Experte stand ferner Arvid Bell von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung für die Diskussion zur Verfügung. Die Veranstaltung moderierte Michael Brzoska, der Vorsitzende der Deutschen Stiftung Friedensforschung.

August 2014

„Nie wieder Krieg“ - Präsentation des Sonderpostwertzeichens zum 100-jährigen Beginn des Ersten Weltkriegs

Steffen Kampeter, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, überreichte im Friedenssaal des historischen Rathauses der Stadt Osnabrück Alben mit der Sondermarke an verdiente Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens.

Dezember 2014

„Außenpolitik Live – Diplomaten im Dialog“: „Politischer Machtausgleich oder gewaltsamer Zerfall? Der Jemen nach dem ‚Arabischen Frühling‘“ (in Kooperation mit dem Institut für Auslandsbeziehungen (ifa), Stuttgart)

Der deutsche Botschafter im Jemen, Walter Haßmann, und die Wissenschaftlerin Mareike Transfeld von der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin berichteten im Steinwerk Ledenhof über die aktuelle politische Lage im Jemen.

3. Stiftungseigene Publikationen

Die Stiftung veröffentlichte 2015 folgende Ausgaben in den stiftungseigenen Reihen:

Forschung DSF, Heft No 37

Oliver Meier/Iris Hunger: Between Control and Cooperation: Dual-Use, Technology Transfers and the Non-Proliferation of Weapons of Mass Destruction. Osnabrück 2014.

III. Aufgaben und Struktur der Stiftung

Im Oktober 2000 gründete die Bundesrepublik Deutschland die Deutsche Stiftung Friedensforschung, die ihren Sitz in der Friedensstadt Osnabrück hat. Die DSF ist eine Stiftung bürgerlichen Rechts und als gemeinnützig im Sinne der Abgabenordnung anerkannt. Sie ist eine Einrichtung der Forschungsförderung, deren Aufgabe darin besteht, wissenschaftliche Vorhaben und strukturelle Entwicklungen im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung zu unterstützen. Eigene wissenschaftliche Untersuchungen führt die Stiftung nicht durch.

Die Stiftungssatzung legt die Aufgaben und Ziele der DSF sowie ihre Organstruktur fest. Gemäß § 2 der Satzung verfolgt die Stiftung den Zweck, „die Friedensforschung ihrer außen- und sicherheitspolitischen Bedeutung gemäß insbesondere in Deutschland dauerhaft zu stärken und zu ihrer politischen und finanziellen Unabhängigkeit beizutragen“.

1. Der Stiftungsrat

Das Leitungsorgan der Stiftung ist der Stiftungsrat. Ihm gehören 15 ehrenamtlich tätige Mitglieder an, die durch die Stifterin, die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Bundesministerin/den Bundesminister für Bildung und Forschung, berufen werden. Der Stiftungsrat setzt sich aus acht Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen, darunter ein Vertreter/eine Vertreterin der Deutschen Forschungsgemeinschaft, sowie vier Vertretern/Vertreterinnen der Bundesregierung und drei Mitgliedern des Deutschen Bundestages zusammen. Der Berufungszeitraum erstreckt sich für die wissenschaftlichen Mitglieder auf fünf Jahre, wobei eine einmalige Wiederbestellung möglich ist. Bei den übrigen Mitgliedern endet die Berufung mit der Legislaturperiode bzw. durch Neuberufung.

Dem Stiftungsrat gehörten zum 31.12.2014 folgende Mitglieder an:

Prof. Dr. Gerhard Beestermöller
Centre Jean XXIII - Grand Séminaire, Institut de pédagogie religieuse, Luxembourg

Dr. Ralf Brauksiepe
Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU/CSU), Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung

Prof. Dr. Michael Brzoska
Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)

Prof. Dr. Susanne Buckley-Zistel
Zentrum für Konfliktforschung, Universität Marburg

Prof. Dr. Tobias Debiel
Direktor des Instituts für Entwicklung und Frieden (INEF), Universität Duisburg-Essen

Dr. Daniela de Ridder
Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD)

Prof. Dr. Cilja Harders
Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft, FU Berlin

Dr. Karl Lamers
Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU/CSU), Mitglied im Aussschuss für Verteidigung

Dr. Sabine Mannitz
Hessische Stiftung Friedensforschung (HSFK)

Stefan Müller (stellvertretender Vorsitzender)
Mitglied des Deutschen Bundestags, Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung

Prof. Dr. Georg Nolte
Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Völker- und Europarecht, Humboldt-Universität zu Berlin

Michael Roth
Mitglied des Deutschen Bundestages, Staatsminister im Auswärtigen Amt

Prof. Dr. Ulrich Schneckener
Zentrum für Demokratie- und Friedensforschung (ZeDF), Universität Osnabrück

Thomas Silberhorn
Mitglied des Deutschen Bundestages, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Dr. Volker Ullrich
Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU/CSU)

Der Stiftungsrat wird durch den Vorsitzenden und/oder die beiden stellvertretenden Vorsitzenden vertreten. Gemeinsam bilden diese den Geschäftsführenden Vorstand. Als Vorsitzender des Stiftungsrates amtiert seit April 2010 Prof. Dr. Michael Brzoska, Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH).

Stellvertretende Vorsitzende sind Stefan Müller, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (seit 04. Juni 2014), und Prof. Dr. Tobias Debiel, Direktor des Instituts für Entwicklung und Frieden (INEF) der Universität Duisburg-Essen.

Im Berichtsjahr sind folgende Änderungen bei der Besetzung der Sitze im Stiftungsrat zu verzeichnen:

	neu in den Stiftungsrat berufen	aus dem Stiftungsrat ausgeschieden
01.02.2014	PStS Stefan Müller, BMBF	Dr. Helge Braun, ehem. PStS BMBF
25. 04.2014	PStS Thomas Silberhorn, BMZ	PStS Gudrun Kopp, ehem. PStS BMZ
25.04.2014	PStS Dr. Ralf Brauksiepe, BMVg	PStS Christian Schmidt, ehem. PStS BMVg
25.04.2014	Dr. Daniela De Ridder, MdB	Dr. e.h. Gernot Erler, MdB
25.04.2014	Dr. Volker Ullrich, MdB	Marina Schuster, ehem. MdB
01.05. 2014	Dr. Ines-Jacqueline Werkner, FEST	Prof. Dr. Gerhard Beestermöller, IThF
04.06.2014	StM Michael Roth, AA	Michael Georg Link, ehem. StM AA

Der Stiftungsrat kam im Berichtsjahr am 04. Juni 2014 und am 27. November 2014 zu zwei ordentlichen Sitzungen zusammen.

2. Der Wissenschaftliche Beirat

Die Satzung eröffnet der Stiftung die Möglichkeit, einen Wissenschaftlichen Beirat zu berufen. Dieser berät den Stiftungsrat und den Stiftungsvorstand insbesondere in Fragen der inhaltlichen Ausrichtung der Forschungsförderung und der Vermittlung der aus den geförderten Projekten hervorgehenden Forschungsergebnisse. Die Mitglieder stehen der Stiftung außerdem für gutachterliche Tätigkeiten zur Verfügung. Die Geschäftsordnung des Stiftungsrats legt fest, dass der Beirat bis zu 15 Personen umfassen kann. Der Berufungszeitraum beträgt drei Jahre.

Dem Wissenschaftlichen Beirat der DSF gehörten Ende 2014 folgende Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen an:

Dr. Martina Fischer
Berghof Foundation, Berlin

Prof. Dr. Anna Geis
Institut für Politikwissenschaft, Universität Magdeburg

Prof. Dr. Katharina Holzinger
Universität Konstanz, Fachbereich Politik- und Verwaltungswissenschaft

Uli Jäger
Berghof Foundation, Berlin, Friedenspädagogik Tübingen

Prof. Dr. Heike Krieger

Freie Universität Berlin, Institut für Öffentliches Recht und Völkerrecht

Prof. Dr. Götz Neuneck
FONAS, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)

Prof. Dr. Conrad Schetter
Bonn International Center for Conversion (BICC)

Prof. Dr. Günther Schlee
Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung Halle

Prof. Dr. Klaus Schlichte (Interimsvorsitzender)
Universität Bremen, Institut für Interkulturelle und Internationale Studien

Prof. em. Dr. Dr. h.c. Dieter Senghaas
Universität Bremen, Institut für Interkulturelle und Internationale Studien

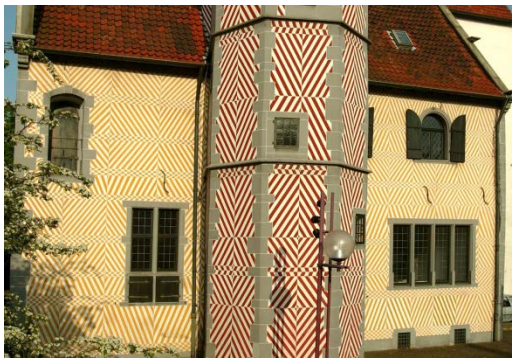
PD Dr. Ines-Jacqueline Werkner
Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e.V. (FEST)

Prof. Dr. Andreas Zick
Institut für Interdisziplinäre Konflikt und Gewaltforschung (IKG), Universität Bielefeld

Die Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats, Dr. Constanze Stelzenmüller, German Marshall Fund of the United States, stellte ihr Amt aufgrund ihres beruflichen Wechsels an die Brookings Institution im November 2014 vorzeitig zur Verfügung.

3. Die Geschäftsstelle der Stiftung in Osnabrück

Der Sitz der Deutschen Stiftung Friedensforschung ist Osnabrück.



Im Steinwerk Ledenhof befindet sich die Geschäftsstelle der Stiftung, die mit zwei Vollzeit- und einer 65-Prozent-Personalstelle ausgestattet ist. Sie wird seit August 2001 durch den Geschäftsführer, Dr. Thomas Held, geleitet. Zum Team der Geschäftsstelle gehören ferner Sabine Podranski, die das Aufgabengebiet Sekretariat und Sachbearbeitung betreut, sowie Petra Menke, die für die Buchführung und die Internetpräsenz der Stiftung zuständig ist.

Die Geschäftsstelle übernimmt zudem Aufgaben der Öffentlichkeitsarbeit und organisiert die Veranstaltungen der Stiftung. Schließlich betreut sie auch die stiftungseigenen Veröffentlichungen „Jahresberichte DSF“, „Forum DSF“, „Forschung DSF“ und „Arbeitspapiere DSF“.

4. Die Verwaltung unselbstständiger Stiftungen

Die Satzung ermöglicht der Stiftung, rechtlich selbstständige und unselbstständige Stiftungen in ihre Verwaltung zu übernehmen.

Seit September 2011 befindet sich die Ludwig-Quidde-Stiftung in der Verwaltung der DSF. Das Stiftungsvermögen wird als Sondervermögen geführt. Für die laufenden Geschäfte berief der Stiftungsrat einen eigenen Vorstand.

Sie verfolgt das Ziel, das Leben und Lebenswerk des Friedensnobelpreisträgers von 1927 Ludwig Quidde in Erinnerung zu rufen. Die Hauptaufgabe der Stiftung besteht in der Verleihung des mit 5.000 Euro dotierten Ludwig-Quidde-Preis.

IV. Finanz- und Wirtschaftsbericht

Mit den ausschüttungsfähigen Erträgen aus der Bewirtschaftung des Stiftungskapitals finanziert die Stiftung sowohl ihre Förderleistungen als auch ihre institutionellen Kosten.

Gemäß § 3 (2) der Stiftungssatzung kann die DSF ihre finanziellen Handlungsspielräume ausweiten, indem sie einen Teil des Stiftungskapitals für Förderzwecke verzehrt. Hiervon machte die Stiftung in den Jahren 2002 bis 2004 und 2009 Gebrauch, um zusätzliche Mittel für das Programm zur Struktur- und Nachwuchs-förderung bereitstellen zu können. Die Verringerung des Stiftungskapitals wurde in den Jahren 2004 bis 2007 durch Zustiftungen des Bundes nahezu vollständig ausgeglichen.

Grundsätzlich setzt sich die Stiftung das Ziel, das Stiftungskapital in seinem nominalen Wert in Höhe von 27,06 Mio. Euro zu erhalten. Die Bildung von Rücklagen zum realen Werterhalt ist stark abhängig von den Erträgen, die auf den internationalen Kapitalmärkten generiert werden können. Die derzeitige Niedrigzins-phase eröffnet der Stiftung keine Handlungsspielräume für eine Werterhaltungsstrategie.

Die Stiftung hat zwei Banken mit der Bewirtschaftung des Stiftungsvermögens beauftragt. Die Kapitalanlagen umfassen festverzinsliche Wertpapiere, Aktien, Fondsanteile, Zertifikate und Immobilienfonds. Auf festverzinsliche Wertpapiere entfällt ein Mindestanteil von 80 Prozent, Aktien und aktienähnliche Produkte können in Abhängigkeit von der Kapitalmarktlage bis zu 20 Prozent ausmachen. Die Bewertung erfolgte zu Anschaffungskosten gemäß den Vorschriften des HGB. Bei dauerhaften Wertminderungen wurden die Differenzbeträge zwischen Anschaffungskosten und Zeitwerten zum Stichtag 31.12.2013 abgeschrieben.

Die rentierliche Anlage des Stiftungskapitals erfolgt auf der Grundlage fester Regeln, die in den „Grundsätzen für die Vermögensverwaltung“, wie sie durch den Stiftungsrat im Mai 2009 beschlossen wurden (aktuelle Fassung vom 04.06.2014), niedergelegt sind. Die zulässigen Anlageklassen sind durch eine Positivliste definiert. Zudem enthalten die Grundsätze eine Reihe konkreter Bestimmungen zum Risikomanagement sowie zu den Berichts- und Dokumentationspflichten der Vermögensbewirtschafter. Hierdurch wird den Stiftungsorganen ein umfassendes Controlling der Vermögensanlage ermöglicht.

1. Bilanz 2014

Die Bilanzsumme zum 31.12.2014 beträgt 28,5 Mio. Euro und hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,1 Mio. Euro erhöht. Auf der Aktivseite umfasst das Anlagevermögen 27,1 Mio. Euro und liegt damit um 1,6 Mio. Euro über dem Vorjahreswert. Es besteht fast ausschließlich aus Wertpapieren. Das Umlaufvermögen beträgt zum Stichtag rund 1,4 Mio. Euro und hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 1,1 Mio. Euro verringert. Die Verschiebung vom Umlauf- zum Anlagevermögen und damit eine Verringerung der Liquidität sind darauf zurückzuführen, dass die zum Jahresende fälligen

Aktienpositionen vorübergehend in einem Geldmarktfonds investiert wurden.

Auf der Passivseite sind folgende Veränderungen festzustellen: Die Verbindlichkeiten für Forschungsprojektförderung waren rund 83 Tsd. Euro geringer als im Vorjahr und das Eigenkapital wurde um den Jahresüberschuss 2014 in Höhe von 190 Tsd. Euro aufgestockt.

2. Ertragsrechnung 2014

Die Erträge aus der Vermögensbewirtschaftung der Stiftung weisen insgesamt einen positiven Betrag in Höhe von 1.053 Tsd. Euro aus, rund 285 Tsd. Euro weniger als in 2013. Dabei setzt sich diese Differenz aus der Verringerung der ordentlichen Erträge um ca. 103 Tsd. Euro, dem Rückgang der Erlöse aus der Veräußerung von Wertpapieren um 89 Tsd. Euro und einem verringerten Finanzergebnis in Höhe von 93 Tsd. Euro zusammen. Ein geringerer Abschreibungsbedarf auf Wertpapiere sowie weniger abzuführende Quellensteuern waren der Grund für geringere Aufwendungen aus der Vermögensbewirtschaftung (ca. 56 Tsd. Euro).

Für Förderleistungen wurden 2014 insgesamt 448 Tsd. Euro zur Verfügung gestellt, ca. 213 Tsd. Euro weniger als im Vorjahr. Die Abweichung ist auf die Antrags- und Gutachtenlage bei Forschungsprojekten zurückzuführen. Die Rückflüsse aus der Projektförderung beliefen sich auf ca. 32 Tsd. Euro. Die Mittel für Wissenschaftliche Eigeninitiativen wurden in 2014 mit einem Betrag von ca. 27 Tsd. Euro zum einen für das Symposium „Peacebuilding in Crisis?!“ benötigt, das im Januar 2014 in Kooperation mit dem ZeDF der Universität Osnabrück in Osnabrück stattfand. Zum anderen richtete die Stiftung einige Kooperationsveranstaltungen aus (Review 2014, Vortrag VHS, Parlamentarischer Abend).

	31.12.2014	31.12.2013
AKTIVA	in EURO	
A. Anlagevermögen		
I. Sachanlagen		
Betriebs- und Geschäftsausstattung	8.921,34	16.083,71
II. Finanzanlagen		
Wertpapiere des Anlagevermögens	27.113.794,32	25.504.795,79
	27.122.715,66	25.520.879,50
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen, insbes. aus Zinsansprüchen	327.482,73	383.493,99
2. Sonstige Vermögensgegenstände	13.856,77	20.719,02
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1.051.853,79	2.505.031,76
	1.393.193,29	2.909.244,77
BILANZSUMME	**28.515.908,95**	**28.430.124,27**
Treuhandvermögen		
Ludwig Quidde-Stiftung, Osnabrück	217.314,12	206.844,34
PASSIVA	in EURO	
A. Eigenkapital		
I. Stiftungskapital	27.065.594,06	27.065.494,06
II. Ergebnisrücklage	829.532,73	594.048,47
III. Verlustvortrag	-220.000,00	-465.220,71
IV. Jahresergebnis	190.329,70	480.704,97
	27.865.456.49	27.675.026,79
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	746,69	7.041,43
C. Rückstellungen	12.796,27	9.309,55
D. Verbindlichkeiten		
1.a) Zusagen Projektförderung	569.428,00	652.392,00
1.b) Zusagen Struktur- und Nachwuchs-förderung	0,00	0,00
2. Sonstige Verbindlichkeiten	67.481,50	86.354,50
	636.909,50	738.746,50
BILANZSUMME	**28.515.908,95**	**28.430.124,27**
Treuhandverpflichtung		
Ludwig Quidde-Stiftung, Osnabrück	217.314,12	206.844,34

Abbildung 1: Bilanz 2014

	2014	2013
	in EURO	
I. Erträge aus Vermögensbewirtschaftung	**1.052.979,12**	**1.338.178,57**
1. Erträge aus Wertpapieren des Anlagevermögens	892.346,96	1.085.162,67
2. Finanzergebnis (Vermögensumschichtung)	160.632,16	253.015,90
II. Aufwendungen aus Vermögensbewirtschaftung	**214.628,52**	**270.616,41**
1. Managementgebühren Banken	135.737,86	135.663,08
2. Abschreibungen auf Wertpapiere	73.398,00	126.188,40
3. Steuern vom Einkommen und Ertrag	5.492,66	8.764,93
III. Ergebnis aus Vermögensbewirtschaftung	**838.350,60**	**1.067.562,16**
I. Erträge aus Verwaltung	**16.731,19**	**14.469,43**
1. Auflösung Sonderposten für Umbaumaßnahmen	6.294,74	6.296,75
2. Sonstige Erträge	10.436,45	8.172,68
II. Aufwendungen aus Verwaltung	**224.506,26**	**224.430,85**
1. Personalaufwendungen	175.934,02	169.606,42
2. Abschreibungen auf Sachanlagen	9.438,09	9.009,35
3. Sonstige betriebliche Aufwendungen	39.134,15	45.815,08
III. Ergebnis aus Verwaltung	**-207.775,07**	**-209.961,42**
Jahresergebnis vor Erfüllung des Stiftungszweckes	**630.575,53**	**857.600,74**
Aufwendungen und Erträge zur Erfüllung des Stiftungszweckes	**440.245,83**	**376.895,77**
1. Projektförderung – Neubewilligungen und Forschungsberichte	447.716,53	660.828,51
2. Rückzahlungen Projektförderung	-32.468,89	-293.870,48
3. Wissenschaftliche Eigeninitiativen	27.028,19	8.545,73
4. Förderung durch Dritte	-2.030,00	1.392,01
Jahresergebnis	**190.329,70**	**480.704,97**

Abbildung 2: Gewinn- und Verlustrechnung 2014

V. Publikationen

Genderbeziehungen im begrenzten Raum. Bedingungen, Ausmaß und Formen von sexueller Gewalt an Frauen in kriegsbedingten Flüchtlingslagern

Projektleiterin: Prof. Dr. Susanne Buckley-Zistel, Zentrum für Konfliktforschung, Philipps Universität Marburg

Krause, Ulrike: Zwischen Historie und Aktualität: Kritische Betrachtung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (1951) mit Beachtung des Protokolls (1967). In: Zeitschrift für Menschenrechte 8 (2014), 2, S. 102-124.

Krause, Ulrike/Schmidt, Elisabeth (2014): Overview of Research Literature and Reports about Violence against and amongst Refugees with a Focus on Sexual and Gender-based Violence. In: http://www.uni-marburg.de/konfliktforschung/personal/buckley-zistel/literaturueberblick.pdf.

Buckley-Zistel, Susanne/Krause, Ulrike/Loeper, Lisa: Sexuelle und geschlechterbasierte Gewalt an Frauen in kriegsbedingten Flüchtlingslagern. Ein Literaturüberblick. In: Peripherie: Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt, 34 (2014), 133, S. 45-63.

Hitzeroth, Manfred: Interviews im Lager in Uganda. In: Oberhessische Presse. Donnerstag, 18.12.2014. Aufrufbar unter: <http://www.op-marburg.de/Serien/Forschung-Marburg/Interviews-im-Lager-in-Uganda>.

Lokale Konfliktdynamiken: Umweltwandel, Ernährungskrisen und Gewalt in Subsahara-Afrika

Projektleiter: Prof. Dr. Sven Chojnacki, Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin

Dietz, Kristina/Engels, Bettina: Immer (mehr) Ärger wegen der Natur? - Für eine gesellschafts- und konflikttheoretische Analyse von Konflikten um Natur. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 43 (2014),1, S. 73-89.

Engels, Bettina: Städtische Proteste „gegen das teure Leben“ in Burkina Faso. In: Gestring, Norbert/Ruhne, Renate/Wehrheim, Jan (Hrsg.): Stadt und soziale Bewegungen. Wiesbaden: VS-Verlag 2014, S. 145-160.

Individual and International Leadership: The Special Representatives of the UN Secretary-General and the Maintenance of International Peace and Security

Projektleiter: Prof. Dr. Manuel Fröhlich, Professur für internationale Organisationen und Globalisierung an der Friedrich-Schiller-Universität Jena

Fröhlich, Manuel: The Global Forum. The John Holmes Memorial Lecture: Representing the United Nations – Individual Actors, International Agency, and Leadership. In: Global Governance 20 (2014), 2, pp. 169-193.

Durch komplexe Governance-Strukturen zu regelbasiertem Entscheiden im Weltsicherheitsrat?

Projektleitung: Prof. Dr. Thomas Gehring

Institution: Fakultät Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, Otto-Friedrich-Universität Bamberg

Dorsch, Christian/Dörfler, Thomas: Organized Hypocrisy of the International Community: An Institutionalist Explanation of the UN Security Council's Contradictory Activity on Darfur. In: Zeitschrift für Genozidforschung 15 (2014), 1-2, pp. 8-31.

Peace-Counts. Die Erfolge der Friedensmacher (CD-ROM) (als Beilage zum Band „Wie man Frieden macht. Erfolgreiche Friedensstifter aus aller Welt")

Projektleiter: Günther Gugel, Institut für Friedenspädagogik Tübingen

Romund, Anne: Frieden lernen mit Reportagen. Anregungen für Studium und Lehre. Tübingen: Berghof Foundation 2014.

Verantwortung und Vertrauen als komplementäre Formen gesellschaftlicher Friedensstiftung

Projektleiter: PD Dr. A. Hirsch

Institution: Institut für Philosophie, Universität Flensburg

Hirsch. Alfred: Verantwortungsethik und Friedensbeziehungen. In: Delhom, Pascal/Hirsch, Alfred: Die Friedensgesellschaft – zwischen Vertrauen und Verantwortung. München, Freiburg: Alber Verlag 2014.

Verifikation nuklearer Abrüstung: Herausforderungen, Lösungsansätze und Grenzen der Kernwaffenauthentifizierung

Projektleitung: Prof. Dr. Gerald Kirchner, Carl Friedrich von Weizsäcker-Zentrum für Naturwissenschaft und Friedensforschung, Universität Hamburg

Fuller, James et al.: Innovating Verification: New Tools & New Actors to Reduce Nuclear Risks, Verifying Baseline Declarations of Nuclear Materials and Warheads. Nuclear Threat Initiative: Washington 2014

Göttsche, Malte/Kirchner, Gerald: Measurement Techniques for Warhead Authentication with Attributes: Advantages and Limitations. In: Journal of Science and Global Security 22 (2014), 2, pp 83-110.

Denaturalizing Climate Change: Migration, Mobilies and Spaces

Projektleiterin: Dr. Silja Klepp, artec-Forschungszentrum Nachhaltigkeit der Universität Bremen

Friederike Gesing, Johannes Herbeck, Silja Klepp (2014): Denaturalizing Climate Change: Migration, Mobilities and Space. Artec-paper Nr. 200**.**

Rauch, Carsten (2014): Das Konzept des friedlichen Machtübergangs. Die Machtübergangstheorie und der weltpolitische Aufstieg Indiens (Dissertation). Baden-Baden: Nomos.

The WMD Free Zone in the Middle East
Projektleiter: PD Dr. Bernd Kubbig, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung HSFK

Kubbig, Bernd u.a. (2014): Improving the Conditions of Success for the WMD/DVs Free Zone in the Middle East Overcoming the Core Challenges by Intercontinental Learning. Policy Brief No. 39.

The European Union's Effectiveness as Mediator in Peace Negotiations – A Pilot Study on Kosovo Serbia Peace Talks
Projektleitung: Prof. Dr. Arne Niemann, Institut für Politikwissenschaft, Universität Mainz

Bergmann, Julian: Reputation, Glaubwürdigkeit und interventionistischer Verhandlungsstil – Eigenschaften erfolgreicher Friedensstifter? Literaturbericht zu den Bedingungsfaktoren erfolgreicher Mediation. In: ZeFKo 3 (2014), 2, S. 233-263.

Sicherheitskooperation und strategische Kultur. Möglichkeiten und Hindernisse internationaler Zusammenarbeit bei der Raketenabwehr
Projektleitung: Dr. Oliver Meier, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin

Oliver Meier (Hrsg.): Technology Transfers and Non-Proliferation: Between Control and Cooperation. Abingdon/New York: Routledge 2014.

Gesellschaftliche und politische Umbrüche nach dem Krieg. Zur Rolle von Jugendgewalt in Kambodscha und Guatemala
Projektleiter: Prof. Dr. Franz Nuscheler, Institut für Entwicklung und Frieden an der Universität Duisburg-Essen

Kurtenbach, Sabine: Postwar Violence in Guatemala: A Mirror of the Relationship between Youth and Adult Society. In: International Journal of Conflict and Violence, 8 (2014), 1, pp., 119-133.

Arms Control for Autonomous Robots? Science and Diplomacy at the Crossroads

Projektleiter: Dr. Frank Sauer, Institut für Politikwissenschaft der Universität der Bundeswehr München und Dr. Jürgen Altmann, Universität Dortmund

Sauer, Frank: Autonome Waffensysteme. Humanisierung oder Entmenschlichung des Krieges? (= sef: Global Governance Spotlight Nr. 4). Bonn 2014. Online verfügbar unter: <http://www.sef-bonn.org/fileadmin/Die_SEF/Publikationen/GG-Spotlight/GGS_2014-04_de.pdf>.

Konsultation, Partizipation und Konflikttransformation. Eine vergleichende Studie zu Ressourcenabbau in Bolivien und Peru

Projektleitung: Dr. Almut Schilling-Vacaflor, GIGA German Institute of Global and Area Studies

Schilling-Vacaflor, Almut (2014): "Las Actividades de Gas Natural en la Capitanía de Parapitiguasu desde la perspectiva de la población local" [The Activities of Natural Gas Extraction in the Capitanía Parapitiguasa from the Perspective of the Local Population. Report written for local Guaraní communities from Parapitiguasa.

Schilling-Vacaflor, Almut: Rethinking the link between consultation and conflict: lessons from Bolivia's gas sector. In: Canadian Journal of Development Studies 35 (2014), 4, S. 503-521.

Transitional Justice in protracted conflict: local and diaspora conceptions of retributive and restorative justice between shari'a, customary and human rights law in Somalia and Ethiopia's Somali Region

Projektleiter: Prof. Dr. Günther Schlee und Dr. Markus V. Höhne, Max Planck-Institut für Ethnologie, Halle

Hagman, Tobias: Talking Peace in the Ogaden. The search for an end to conflict in the Somali Regional State in Ethiopia. London/Nairobi: Rift Valley Institute/Nairobi Forum 2014.

‚Coping with Spoilers from Within': Die Obstruktion von Friedensoperationen durch politisierte Bürokratien

Projektleiter: Prof. Dr. Wolfgang Seibel, Sektion Rechts-, Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaft, Universität Konstanz

Junk, Julian: Internal Dynamics and Dysfunctions of International Organizations – An Introduction to the Special Issue. In: Journal of International Organizations Studies 5 (2014), 1, pp. 8-11.

Trettin, Frederik/Junk, Julian: Spoilers from Within: Bureaucratic Spoiling in United Nations Peace Operations. In: Journal of International Organizations Studies 5, (2014), 1, pp. 13-27. Online verfügbar unter: <http://journal-iostudies.org/sites/journal-iostudies.org/files/JIOSJunkTrettin2014-1.pdf>.

Inklusion – Exklusion

Jahreskolloquium 2014 der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK) - Projektleiter: Prof. Dr. Christoph Weller, Universität Augsburg/AFK

Katzorke, Daniel (2014): „Inklusion/Exklusion. AFK-Jahreskolloquium 2014 Tagungsbericht". In: Wissenschaft und Frieden (3|2014), S. 58-59.